

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.873.691

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)8941/J-NR/2021

Wien, am 09. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Dezember 2021 unter der Nr. **8941/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beugehaft und Ersatzfreiheitsstrafen gegen Ungeimpfte – Regierung will unbescholtene Bürger inhaftieren“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *1. Sind angesichts der beabsichtigten Einführung einer Beugehaft für „Impfverweigerer“ bzw. der zu erwartenden Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen wegen Verstößen gegen die Impfpflicht Ausbaumaßnahmen der Justizanstalten geplant?*
 - a. Wenn ja, in welchem Ausmaß und wo genau?*
 - b. Wenn ja, zu welchen Kosten, gegliedert jeweils nach Maßnahmen?*
 - c. Wenn ja, wie erfolgt deren personelle Ausstattung in Anbetracht des bereits bestehenden Personalmangels?*
 - d. Falls nein, wie sollen die zu erwartende große Anzahl an Beugehaft- und Ersatzfreiheitsstrafen bewältigt werden?*

- *2. Planen Sie die Schaffung der Möglichkeit zum elektronisch überwachten Hausarrest (elektronische Fußfessel) für Personen, welche sich beharrlich der Covid-Impfung verweigern?*
 - a. Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?*
 - b. Wenn ja, sind Ankäufe zusätzliche Fußfessel in welchem Ausmaß und zu welchen Kosten geplant?*
 - c. Wenn ja, wie wird die Kontrolle der Einhaltung des elektronisch überwachten Hausarrests personeller Natur bewältigt?*
 - d. Falls nein, wie erfolgt der Vollzug der Beugehaft- und Ersatzfreiheitsstrafen?*

Die Anfrage beruht auf unrichtigen Annahmen. Das Bundesgesetz über die Impfpflicht gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz) sieht weder die Einführung einer Beugehaft noch den Vollzug einer Ersatzfreiheitsstrafe vor. Verwiesen wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Ihres Kollegen, des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen vom 3. Dezember 2021 unter der Nr. 8871/J-NR/2021 betreffend „Impfpflicht“.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

